

# „Beide Seiten betroffen“

## Welche Sanktionen haben die stärkste Wirkung?



VON PROF. DR. RICHARD  
FRENSCH, LEITER DES  
ARBEITSBEREICHES  
ÖKONOMIE AM INSTITUT  
FÜR OST- UND SÜDOST-  
EUROPAFORSCHUNG

**REGENSBURG.** Seit März reagiert die EU auf die Konflikte in der Ostukraine mit Sanktionen gegen Russland. Nach dem Absturz einer Passagiermaschine im Krisengebiet hat sie Ende Juli die bisher stärksten Schritte seit dem Kalten Krieg umgesetzt: (a) Stopp des Rüstungshandels, wobei sich Exportverbote auch auf Dual-Use-Güter erstrecken; (b) Beschränkungen auf den Export von Hochtechnologie für die Ölförderung; (c) Verbot des Handels mit Wertpapieren mit Laufzeit ab drei Monaten mit den fünf größten staatlichen russischen Banken, (d) Ausweitung der Boykottliste auf 95 natürliche und 23 juristische Personen, deren EU-Aktiva eingefroren wurden.

Die schwächste Wirkung ist vom Rüstungsembargo zu erwarten, da es – außer bei Einzelprojekten – einen solchen Handel zwischen Russland und der EU kaum gibt. Dagegen wird westliche Fördertechnik für russische Erdölförderprojekte in der Tiefsee und in der Arktis genutzt. Da Exploration und Förderung häufig in Joint Ventures mit westlichen Ölfirmen ablaufen, sind beide Seiten betroffen. Ob deutsche Zulieferer berührt sind, ist noch unklar. Nach den Finanzmarktbeschränkungen bleibt staatlichen

russischen Banken zwar der Gang an Schweizer und asiatische Bankenplätze, die Finanzierungskosten für die russische Wirtschaft werden aber steigen. In der EU wird vor allem London Umsätze verlieren; diese Verluste – auch deutscher Bankentöchter – repräsentieren aber nur ein Prozent im relevanten Marktsegment.

Auf drei Monate beschränkt, werden die Sanktionen und die russischen Gegenmaßnahmen überschaubare Effekte zeigen. Als Dauereinrichtung werden Technologieembargos, Finanzmarktbeschränkungen und individuelle Sanktionen das durch Korruption und Rechtsunsicherheit beeinträchtigte Investitionsklima in Russland weiter verschlechtern und Kapitalabflüsse forcieren. Umgekehrt werden deutsche Exporte nach Russland und die Investitionspräsenz im Land gefährdet. Beide bewegen sich um die drei beziehungsweise zwei Prozent der deutschen Gesamtwerke und betreffen vor allem den Maschinenbau und die Automobilbranche. Die wichtigste Konsequenz könnte in der Diversifizierung der Energieimporte liegen. 31 Prozent der deutschen Erdöl- und Erdgasimporte kommen aus Russland. Diversifizierung ist nicht zum Nulltarif zu haben. Nachdem das russische Außenministerium trotz bestehender Verträge bereits mit steigenden Energiepreisen drohte, dürften aber viele Kunden bereit sein, für eine geringere Abhängigkeit von Russland zu zahlen.